Absender F.D.P.-Fraktion	Drucksachen-Nr. 433/2003
	☒ Öffentlich
	☐ Nicht öffentlich
Antrag	
der Fraktion, der Ratsmitglieder ▼	zur Sitzung des
F.D.P.-Fraktion	Planungsausschuss

Tagesordnungspunkt

Antrag der FDP Fraktion vom 07.04.2003, die Umgestaltung des Kahnweihers als Ausgleichsmaßnahme zurückzunehmen

Inhalt:

@->

Die FDP-Fraktion hat mit Schreiben vom 07.04.2003 den Antrag gestellt, den im Rahmen des Verfahrens zum Bebauungsplan Nr. 6245 – Steinbreche – gefassten Beschluss zur Ausgleichsmaßnahme Kahnweiher zurückzunehmen und eine Ausgleichsmaßnahme an anderer Stelle vorzusehen. Der Antrag ist im Planungsausschuss am 26.06.2003 diskutiert und dann vertagt worden. Die Verwaltung wurde beauftragt, die in der Sitzung mündlich vorgetragenen Antworten schriftlich darzulegen.

1. Kommen für den Bebauungsplan Nr. 6245 – Steinbreche – grundsätzlich andere Ausgleichsmaßnahmen in Betracht und wäre dafür eine Änderung des Bebauungsplans Nr. 6245 – Steinbreche – erforderlich?

Der Bebauungsplan Nr. 6245 – Steinbreche – wurde mit seiner Bekanntmachung am 06.05.94 rechtsverbindlich. Als Ausgleichsmaßnahmen innerhalb des Plangebietes sieht der Bebauungsplan ein Feuchtbiotop mit Erlenwäldchen, die Dachbegrünung der Schule, die Begrünung des Stellplatzes der Altenwohnanlage und die Gestaltung des Parks Steinbreche vor. Der darüber hinausgehende Kompensationsbedarf wurde durch die Ersatzmaßnahme „Umlaufgraben Kahnweiher“ in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet gedeckt. Der Planungsausschuss und der Rat haben in ihren Sitzungen im Herbst 1993 zur Ersatzmaßnahme am Kahnweiher jeweils separate Beschlüsse gefasst. Damit ist eine Selbstbindung der Stadt eingetreten.

Grundsätzlich ist es möglich, eine für einen Bebauungsplan festgelegte Ausgleichsmaßnahme nachträglich durch eine andere Maßnahme zu ersetzen. Die Eingriffsregelung im Bebauungsplanverfahren ist jedoch Teil der Abwägung zum Satzungsbeschluss des betreffenden Plans. Eine Aus-

gleichsmaßnahme wie der Umlaufgraben Kahnweiher gehört zu den Grundzügen der Planung. Wenn die Ausgleichsmaßnahme durch eine andere Maßnahme (z.B. aus dem Ausgleichsflächenpool der Stadt) ersetzt werden soll, kann dies folglich nicht über eine Befreiung, sondern nur über eine Änderung des Bebauungsplans erfolgen.

Entfällt die Ausgleichsverpflichtung mit einer Aufhebung des (bereits realisierten) Bebauungsplans – Steinbreche –?

Diese Frage ist mit einem klaren Nein zu beantworten. Nach vorherrschender Rechtsauffassung sind Ausgleichsmaßnahmen *auf Dauer* herzustellen und zu unterhalten. Das heißt, die Ausgleichsmaßnahme ist mit Rechtskraft des Planungsrechts für den Eingriff oder spätestens mit dem tatsächlichen Eingriff durchzuführen und so lange zu sichern und zu unterhalten, wie der Tatbestand des Eingriffs währt. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass sich die Gemeinde nicht durch die Aufhebung eines bereits realisierten Bebauungsplans aus der Ausgleichsverpflichtung entlassen kann.

3. Wo liegt der Zusammenhang zwischen der Ausgleichsverpflichtung aus dem Bebauungsplan Nr. 6245 – Steinbreche – und dem Agenda-Projekt Kahnweiher?

Bei der Ausgleichsmaßnahme für den Bebauungsplan – Steinbreche – handelt es sich lediglich um den Umlaufgraben Kahnweiher. Diese Maßnahme ist Teil des Gesamtprojektes Kahnweiher. Dieses Gesamtpaket besteht aus

- der Umlegung des Baches in den Seitenschluss (Umlaufgraben als Ausgleichsmaßnahme für den BP Nr. 6245 – Steinbreche –),
- der Umgestaltung des Kahnweihers als flankierende Maßnahme
- und der Umgestaltung des Freiraumumfeldes (z.B. Sanierung des Spielplatzes)

Die Gesamtmaßnahme Kahnweiher ist im Jahr 2000 im Rahmen eines Agenda-Projektes unter intensiver Beteiligung der Bürger entwickelt worden. Bereits am 11.11.1999 hat der AUIV die Einbindung des Projektes in den Agenda-Prozess beschlossen. Im Mai 2000 fanden eine außerordentlich gut besuchte Bürgerversammlung und ein Workshop in der Grundschule am Mohnweg unter Beteiligung von Refrather Bürgern statt. Die Ergebnisse wurden zunächst am 23.08. und erneut am 06.12.2000 im AUIV vorgetragen. Der Ausschuss hat in seiner letzten Sitzung im Jahr 2000 die Verwaltung *einstimmig* (bei Enthaltung der FDP) beauftragt, die wasserbaulichen Maßnahmen sowie die Sanierung des Kahnweiher-Umfeldes entsprechend dem vorgestellten Planungsentwurf umzusetzen. Die Gesamtmaßnahme beruht folglich als eigentliche Gewässer- und Landschaftsbaumaßnahme auf Beschlüssen des AUIV.

Mit der Zurücknahme der Beschlüsse zur Ausgleichsmaßnahme „Umlaufgraben Kahnweiher“ (gleichbedeutend mit der Einleitung eines Änderungsverfahrens zum Bebauungsplan Nr. 6245 – Steinbreche –) wäre die Gesamtmaßnahme Kahnweiher nicht aufgehoben, es würde lediglich der Ausgleichszweck entfallen. Anschließend wäre es dem AUIV vorbehalten, über die weitere Vorgehensweise zu entscheiden.

Die Verwaltung weist auf folgende Punkte hin:

- Die Zurücknahme des Ausgleichsbeschlusses – Umlaufgraben Kahnweiher – bedeutet ein Änderungsverfahren für den Bebauungsplan Nr. 6245 – Steinbreche – und damit die Bindung von Verwaltungskapazitäten. Es muss eine andere Kompensationsmaßnahme gefunden werden, die letztlich dem städtischen Ausgleichsflächenpool verloren geht.

Aus fachlicher Sicht hat der Umlaufgraben Kahnweiher eine hohe ökologische Bedeutung. Durch die Maßnahmen wird eine Durchgängigkeit des Saaler Mühlenbaches im Bereich des Stadtparks Refrath wieder hergestellt. Das Gewässer wird für Fische und andere aquatisch lebende Tiere wie-

der passierbar sein und somit einen Lebensraum für fließgewässertypische, strömungsliebende Arten bieten.

- Die Gewässermaßnahme „Umlaufgraben“ umfasst die Abtrennung eines Seeteils mit Hilfe eines begehbaren Damms sowie die Profilierung des neuen Bachbettes.
- Parallel dazu ist im Rahmen der Umgestaltung des Kahnweihers die Entschlammung und die teilweise Vertiefung des Teiches sowie die Gestaltung des Ein- und Auslaufbereiches vorgesehen.
- Die Umsetzung der freiraumplanerischen Konzepte bringt eine erhebliche Aufwertung des gesamten Naherholungsbereichs Kahnweiher mit sich.

Anlagen

- Antrag der F.D.P Fraktion
- Übersichtsplan Ersatzmaßnahme Umlaufgraben Kahnweiher

<-@

Finanzielle Auswirkungen:	
1. Gesamtkosten der Maßnahme:	
2. Jährliche Folgekosten:	
3. Finanzierung:	
- Eigenanteil:	
- objektbezogene Einnahmen:	
4. Veranschlagung der Haushaltsmittel:	
5. Haushaltsstelle: -	